

Auf die Frage der Abg. Görg und Müller, warum die Abnahme des Job-Tickets durch die Mitarbeiter der Verwaltung rückläufig sei, antwortete Ltd. KVD Carl, dass hierfür die Preissteigerung von 39,60 € auf 47,50 € monatlich verantwortlich sei. Abg. Pagels sah durch die Preissteigerung das Fortbestehen des Job-Tickets als gefährdet an. Ltd. KVD Carl stimmte dem zu. Durch die Preiserhöhung seien weniger Job-Tickets verkauft worden. Dies könne wiederum zu einer Preiserhöhung für das Jahr 2008 führen, wenn das Job-Ticket kostendeckend angeboten werden solle. Abg. Pagels bat um Mitteilung, ob es möglich sei, diese Konsequenzen dem zuständigen Fachausschuss darzulegen. Ltd. KVD Carl bejahte, dass dies dem Personal- oder Finanzausschuss mitgeteilt werden könne. Abg. Müller hielt eine Staffelung der Preise für das Job-Ticket nach Entfernung des Wohnortes für sinnvoll.